5 Pfennig. Vormittags-Ausgabe.

Kriegs-Zeitung

5 Pfennig. Vormittags-Ausgabe.

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Gr. Ulrichstraße 16. Ecke Teichstraße 12 bis 14 bezw. Kölbergasse 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Sammelnummer 7981
Hauptfilialen: Obere Leipzigerstraße 34 (Tel. Nr. 7981) und Turmstraße 7 in Giebichenstein (Tel. Nr. 1403). Verantwortlich für die Redaktion: Hans Rößler in Halle S.

Nummer 326 — Halle, Freitag den 24. November — 1916

Plangemäße Fortschritte in der Walachei.

Hauptausschuß des Reichstages.

Der vaterländische Hilfsdienst.

Berlin, 23. November.

Die Verhandlungen über den Gesetzentwurf betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst im Hauptausschuß des Reichstages leitete

Staatssekretär Dr. Helfferich

mit längeren, grundsätzlichen Ausführungen über die Veranlassung und die Absichten des Gesetzes ein. Die verbündeten Regierungen seien sich bewußt, daß die Einführung des vaterländischen Hilfsdienstes für alle nicht zur bewaffneten Macht einberufenen männlichen Deutschen vom 17. bis zum 60. Lebensjahre eine Maßnahme sei, die an Bedeutung alle bisher beschlossenen und ins Werk gesetzten Kriegsmaßnahmen übertreffe.

Die Pflicht zum vaterländischen Hilfsdienst trete der allgemeinen Wehrpflicht zur Seite. Neben die Millionen der Wehrpflichtigen treten die Millionen der Hilfsdienstpflichtigen. Der vaterländische Hilfsdienst sei die Folgerung aus der Tatsache, daß dieser Krieg um unser nationales Dasein und die Zukunft von Reich und Volk gehe, daß er nicht nur ein Krieg zwischen den bewaffneten Streitkräften der kriegführenden Staaten sei, sondern ein Krieg der Volkskraft überhaupt, ein Krieg, in [illegible] einsetzen müsse.

Die Aufgabe des Gesetzes sei die Mobilmachung der Arbeit. Während unmittelbar nach Kriegsausbruch eine ganz außerordentliche Arbeitslosigkeit eintrat, bis den Gegenstand einer der schwersten wirtschaftspolitischen Sorgen der ersten Kriegszeit bildete, hätten sich die Verhältnisse seither, wenigstens soweit männliche Arbeitskräfte in Frage kämen, in ihr Gegenteil verkehrt: Statt Arbeitsmangel herrsche ausgesprochener Arbeitermangel. Die Knappheit der Arbeitskräfte mache sich namentlich fühlbar für den zurzeit allernotwendigsten Teil unserer industriellen Tätigkeit: Die Herstellung von Munition und Kriegsmaterial aller Art. Mehr und mehr sei bekanntlich der Krieg ein Munitions- und Artilleriekrieg geworden, in welchem der Einfluß der materiellen Hilfsmittel und der Maschine immer stärker und entscheidender hervortrete. Die gesteigerte Menge Kriegsmaterial, die erzeugt werden müßte, verlangte vor allen Dingen die notwendigen Arbeitskräfte zu ihrer Herstellung, auch die Erhaltung und Erweiterung der Volksversorgung, also die Versorgung der Heimatbevölkerung mit den Gegenständen des dringlichen Bedarfes sei in der Hauptsache eine Frage der Arbeitskraft. Für die Kriegführung und die Volksversorgung, also für die während des Krieges wichtigsten Teile unserer wirtschaftlichen Tätigkeit, müßten die Arbeitskräfte unter allen Umständen in ausreichender Zahl verfügbar gemacht werden.

Diese Hoffnungen zu sichern, sei Zweck und Absicht des Gesetzes. Selbstverständlich könne Zwang allein nicht genügen. Ohne Zwang gehe es nicht, aber freiwillige Pflichterfüllung sei im stärksten Umfange nötig. Sie müßte die Hauptarbeit leisten, und Zwang müsse als Ultima ratio so weit als möglich im Hintergrunde bleiben. Die Zahl der Arbeitsfähigen, die ohne Beschäftigung seien, sei heute verhältnismäßig gering. Der Schwerpunkt der Durchführung des Gesetzes werde also nicht in der Heranziehung bisher Unbeschäftigter, sondern in einer Verschiebung der Arbeitskräfte aus den bisherigen Tätigkeiten in andere, für die Kriegführung und die Volksversorgung wichtigere liegen. Wie es schon jetzt in einzelnen Industriezweigen Betriebe gebe, die aus Mangel an Rohmaterial oder Absatz mit einem geringen Bruchteil der noch heute festgehaltenen Arbeitskräfte arbeiteten, so werde es in Zukunft nötig sein, systematisch Arbeitskräfte aus nicht lebensfähigen Betrieben für solche freizumachen, die für die Kriegführung und zur Versorgung unentbehrlich seien. Dabei von daben abgelehen worden, die Arbeitspflicht in der Art, wie es für männliche Kräfte vorgesehen sei, auch für Frauen zu begründen. Obwohl das Ueberangebot weiblicher Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt stark nachgelassen habe, übersteige die Zahl der arbeitsuchenden Frauen doch immer noch regelmäßig die vorhandenen offenen Stellen, so daß schon aus der Lage des Arbeitsmarktes heraus eine Zwangsorganisation hier nicht erforderlich erscheine. Trotz des schleunigen Zwanges werde jedoch auch hier planmäßiger als bisher vorgegangen werden müssen. Zwar hatte mancher Betrieb im Ersatz männlicher Kraft durch Frauenarbeit die größten Anstrengungen gemacht und Vorbildliches geleistet, im ganzen gebe es aber auf diesem Gebiete zweifellos noch viel zu tun und zu erreichen.

Der Staatssekretär würdigte dann die außerordentlichen Leistungen der deutschen Industrie und Landwirtschaft in den Kriegsjahren in anerkennenden Worten. Diese Leistungen, die unserer Kriegführung Rückhalt und Stütze gaben, seien im höchsten Maße bewundernswert. Zu berücksichtigen sei bei einem Vergleich mit unseren Feinden, daß diese nicht nur über eigene Erzeugnisse verfügten, sondern über Einfuhr an Kriegsmaterial und Lebensmitteln aller Art, die den Mächten des Vierverbandes aus neutralen Gebieten zuflössen. Unsere Industrie habe die Aufgabe, nicht nur das zu leisten, was die eigene Erzeugung der feindlichen Staaten zu leisten vermöge, sondern außerdem auch noch die neutralen Zufuhren weit zu machen und wenn irgend möglich, die Gesamtsumme beider zu überbieten. Dazu solle die Hilfsdienstpflicht die notwendigen rechtlich-organisatorischen Grundlagen geben. Noch anderes aber wolle das Gesetz bedeuten: Es werde der ganzen Welt ein Beweis sein für die äußerste Entschlossenheit des deutschen Volkes, mit Anspannung aller seiner Kräfte bis zum Letzten zu kämpfen.

Wiederholt habe Deutschland zu erkennen gegeben, daß es zu einem, seine Zukunft sichernden Frieden bereit sei. Unsere Feinde hätten bisher eine solche Bereitschaft nicht gezeigt.

Der Chef des Kriegsamtes, Generalleutnant Gröner, gab hierauf einen Ueberblick über die militärisch-technischen Anforderungen, denen mit Hilfe des Gesetzes Genüge geleistet werden soll. Er erinnerte daran, daß die großen Anstrengungen des englischen Munitionsministeriums und wies auf die vorliegende Notwendigkeit einer erheblichen Steigerung der Herstellung von Kriegsmaterial aller Art hin. Er betonte insbesondere die sittliche Pflicht, alle Kräfte gleichmäßig einzusetzen. Das Ziel des Gesetzes sei einmal, Arbeiter für die Munitionsindustrie bereit zu stellen, dann Wehrpflichtige, die bisher in Heimatbetrieben verwandt worden wären, für den Heeresdienst freizumachen und endlich dem Kriegsamt eine feste staatsrechtliche Grundlage für seine Tätigkeit zu geben. Auch gab er der Erwartung Ausdruck, daß unsere Feinde in diesem Gesetz unseren äußersten Siegeswillen erkennen. Das Gesetz sei eine absolut sittliche Ergänzung der allgemeinen Wehrpflicht. Es sei für die Kriegszeit bestimmt und trage deshalb einen ganz unpolitischen Charakter. Der Schwerpunkt liege nicht im Gesetz selbst, sondern in seiner Ausführung. Gewaltsames Zufassen sei nicht beabsichtigt. Von sozialen Unterschieden könne bei der Durchführung natürlich keine Rede sein. Der Zwang sei als letztes Mittel unentbehrlich, könne aber der Aufgabe keineswegs allein oder auch nur in der Hauptsache genügen. Der Redner hat, die künftige Arbeit des Kriegsamtes nicht durch einschränkende Vorschriften zu erschweren. Inniges Zusammenarbeiten zwischen der Industrie und dem Kriegsamt müsse gesichert werden. Die Heranziehung der Hilfsdienstpflichtigen aus ihren alten Beschäftigungen solle nur nach Bedarf erfolgen. Dem Zwange, wenn er ausgeübt werden müsse, stehe ein geregeltes Rechtsverfahren gegenüber. Die Leitung des ganzen müsse aber in militärischen Händen bleiben. Die Raschheit und Vollständigkeit der Ausführung dürfe nicht beeinträchtigt werden. Zum Schluß betonte der Chef des Kriegsamtes, daß neben den rein materiellen Hilfsmitteln der Wille des Volkes entscheidend für den Krieg und für den Sieg sei.

In der Erörterung

kam zunächst ein Redner des Zentrums zu Wort. Er vermißte in den bisherigen Ausführungen eine zahlenmäßige Aufstellung zur Klärung der Bedarfsfrage. Wie groß sei der Bedarf und wie sei seine Deckung gedacht? Ein Fehler sei es gewesen, nicht von Anfang an die ganze Volkskraft für die Anforderungen des Krieges einzusetzen. Jetzt müsse geprüft werden, ob mit Hilfe des Gesetzes oder allein durch die auch von den Vorrednern betonte Freiwilligkeit die nötigen Kräfte gewonnen werden sollten. Bloßes Befehlen und bloße Anordnungen auf Grund der Kommandogewalt würden nicht weit führen, wenn nicht die Freiwilligkeit der Beteiligten, namentlich der Fachleute hinzukomme. Durch Beseitigung des Burschendienstes bei Offizieren, insbesondere in der Heimat, durch Einschränkung der Ordonnanzen, durch Ausräumung gewisser Militär- und Zivilbureaus könnten viele Kräfte freigemacht werden. Auch die Bevölkerung der besetzten Gebiete, für die wir zu sorgen hätten, sei mehr heranzuziehen, zumal unser Volk angestrengt zu arbeiten gezwungen sei. Bei allem Vertrauen zu Exzellenz Gröner und dem neuen Kriegsamte müsse die Neuinrichtung von Stellen im ganzen Reiche mit der nötigen Vorsicht gehandhabt werden; dazu nötigen die Erfahrungen mit der Zensur, der Schutzhaft und dergleichen. Redner schlug vor, die Beratungen nach folgenden Gesichtspunkten einzuteilen: 1. Voraussetzungen der Hilfsdienstpflicht; 2. Arbeitsbedingungen der Dienstpflichtigen; 3. Organisation des Hilfsdienstes; 4. Entschädigungsfragen.

•

Aus den Richtlinien für die Ausführung des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst teilt das W. T. B. zur Ergänzung noch folgendes mit:

Die beim Kriegsamt einzurichtende Zentralstelle für Beschwerden gegen die Entscheidung der Ausschüsse besteht aus zwei Offizieren des Kriegsamtes, von denen der eine den Vorsitz führt, aus zwei vom Reichskanzler ernannten Beamten und aus einem, von denjenigen Bundesstaaten zu ernennenden Beamten, dem der Betrieb, die Organisation oder der Berufsausübende angehört. Werden Marineinteressen berührt, so ist einer der Offiziere vom Reichsmarineamt zu bestellen. Bei Beschwerden aus Bayern, Sachsen und Württemberg ist einer der Offiziere von dem betreffenden Kriegsministerium zu bestellen. Wenn einer vom Kriegsamt durch Vermittlung der Landesarbeitsbehörde, oder einer von ihr bestimmten Stelle eingehenden Aufforderung zur freiwilligen Meldung nicht in ausreichendem Maße entsprochen wird, erfolgt schriftliche Aufforderung durch einen Ausschuß, der in der Regel für jeden Bezirk einer Ersatzkommission zu bilden ist und aus einem Offizier als Vorsitzenden, aus einem höheren Beamten und aus je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Den Offizier bestellt das stellvertretende Generalkommando, die übrigen Ausschußmitglieder die Landeszentralbehörde, oder die von ihr bestimmte Stelle. Ohne Zuziehung von höheren Beamten entscheidet dieser Ausschuß endgültig über Beschwerden in solchen Fällen, wo sich die Arbeitgeber weigern, dem Arbeiter eine Bescheinigung darüber auszustellen, daß er die Arbeit mit Zustimmung des Arbeitgebers aufgegeben hat. Der Ausschuß kann nach Untersuchung des Falles, wenn ein wichtiger Grund für das Ausscheiden vorliegt, dem Arbeiter eine Bescheinigung ausstellen, die in ihrer Wirkung die Bescheinigung des Arbeitgebers ersetzt.

Der Abendbericht der deutschen Heeresleitung

(W. T. B.) **Berlin**, 23. November, abends. (Amtlich.) **Auf beiden Somme-Ufern starkes Artilleriefeuer, besonders nördlich der Ancre und im St. Pierre-Baast-Walde. In der Walachei plangemäßer Fortgang der Operationen. In der Dobrudscha und an mehreren Stellen der Donau lebhaftes Feuer von Ufer zu Ufer.**

Der amtliche österreichische Heeresbericht.

(W. T. B.) **Wien**, 23. November. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph. An der unteren Cerna haben wir auf dem linken Ufer Fuß gefaßt. Sonst aus der Walachei nichts zu melden.

An der ungarischen Ostgrenze und in den Waldkarpathen war die Aufklärungstätigkeit reger.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Stellenweise gesteigerter Geschützkampf.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz:

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der deutsche Botschafter in Wien.

Berlin, 23. November. Nach dem Verzicht des Herrn v. Jagow ist, wie das „B. T." meldet, der Gesandte Graf Botho Wedel, gegenwärtig Vortragender Rat im Auswärtigen Amte, für den Botschafterposten in Wien in Aussicht genommen. Die Zustimmung aus Wien konnte infolge der besonderen Umstände, die durch das Ableben des Kaisers eingetreten sind, noch nicht eintreffen, und die Ernennung somit erst dann als offiziell gelten, wenn die Wiener Bestätigung vorliegt. Es ist anzunehmen, daß Graf Botho Wedel zunächst nicht als Botschafter, sondern „in außerordentlicher Mission" nach Wien gehen würde. Das entspräche dem während des Krieges gültigen Brauch, der auch bei der Ernennung des Freiherrn Dr v. Kühlmann für Konstantinopel und bei der Ernennung des Dr. Rosen für den Haag befolgt wurde.

Graf Botho Wedel ist am 23. Dezember 1862 in Schloß Evenburg in Ostfriesland geboren, jetzt also 54 Jahre alt. Er ist ein Neffe des Fürsten von Wedel, des ehemaligen Staatssekretärs von Elsaß-Lothringen, vermählt mit einer Cousine, Ilsa Gräfin v. Wedel, und Vater zweier Töchter. Nachdem er in Bonn, Göttingen und Berlin studiert hatte und bei den 1. Gardedragonern eingetreten war, begann er seine diplomatische Laufbahn bei der Botschaft in Paris. Von dort kam er nach Madrid, wo damals Radowitz Botschafter war, dann als erster Botschaftssekretär nach Tokio, dann als Botschaftsrat nach Wien. 1904 wurde er Generalkonsul in Budapest, drei Jahre später Gesandter in Weimar. Von dort wurde er in das Auswärtige Amt berufen, wo er den Posten des „Personalienrates" verwaltete. In Wien hatte er sich viele Freundschaftsbeziehungen und Sympathien erworben, die ihn jetzt ebenso wie seine ausgedehnten verwandtschaftlichen Verbindungen, in seiner dortigen Tätigkeit sehr wertvoll werden könnten. Noch mehr scheint seine weltmännisch vermittelnde, liebenswürdige Art gewinnt, nützlich zu wirken. Er kennt die Wiener Verhältnisse sehr gut und hat auf seinem früheren Posten und im Auswärtigen Amt auch den notwendigen Einblick in die Gesamtlage gewinnen können.

Die Ereignisse zur See.

London, 23. November. Reuter meldet, daß der Dampfer „Alice" (822 Br.-Reg.-To.) aus Rouen am 20. November von einem deutschen U-Boot versenkt wurde.

London, 23. November. „Daily Mail" schreibt: Es wird sich, wenn die Frage des deutschen Streikzuges im Kanal während der Fragezeit im Parlament zur Sprache kommt, empfehlen, zu fragen, wie es eigentlich der Freiheit in der englischen Schiffahrtsverbindung nach Holland steht. Kleine deutsche Torpedoboote aus Zeebrügge haben seit dem 23. Juni nicht weniger als 12 Dampfer angehalten. Es ist infolgedessen die Frage berechtigt, wer eigentlich die Nordsee beherrscht.

Amsterdam, 23. November. Der Dampfer „Tonbergen", der bei Brest festrandet ist, gilt als verloren. Er hatte eine Ladung Getreide für die niederländische Regierung an Bord.

Amsterdam, 23. November. Der holländische Dampfer „Helena" ist auf der Fahrt von Rotterdam nach Südamerika aus unbekannter Ursache gesunken. Die Besatzung ist in Varmouth angekommen.

Stockholm, 23. November. Ein japanisches U-Boot explodierte im japanischen Meer. Die Mehrheit der Besatzung wurde von einem Kreuzer geborgen, darunter 2 Tote und 16 Verwundet.

Die Verwaltung Griechenlands.

(W. T. B.) **Berlin**, 23. November. (Amtlich.) **Wie der griechische Gesandte mitteilt, hat der französische Befehlshaber der vereinigten Seestreitkräfte der Entente in den griechischen Gewässern den Gesandten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens notifiziert, daß sie mit dem Personal ihrer Gesandtschaften und Konsulate sofort den griechischen Boden zu verlassen hätten. — Deutschland hat bei Griechenland und sämtlichen anderen neutralen Staaten, sowie Frankreich und England, gegen diese Verhöhnung des Völkerrechts, der freien Willensbestimmung eines neutralen Staates und der elementarsten Grundsätze internationaler Gesittung schärfste Verwahrung eingelegt.**

Athen, 23. November. (Reuter.) **Die feindlichen Gesandten und ihre Umgebung sind mit dem Dampfer „Mykali" nach Kavalla in See gegangen. Am Großmast wehten die feindlichen Flaggen. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.**

Zur Aufgabe Monastirs.

Sofia, 23. November. Das halbamtliche „Echo de Bulgarie" schreibt zur Aufgabe Monastirs: Ihren Gewohnheiten getreu, werden unsere Feinde ihren armseligen Erfolg aufbauschen und ihm die Größe eines Triumphes zu verleihen suchen, indeß ändern ihre Uebertreibungen für unsere Gegner nichts an ihrer Lage. Um ihren örtlichen Erfolg auf seine wirkliche Bedeutung zurückzuführen, muß man sich ihre ungeheuren Vorbereitungen, den urbrünglichen Plan der Niederschmetterung Bulgariens, Unterbrechung der Verbindung Berlin—Konstantinopel und die vollständige Einkreisung Deutschlands vergegenwärtigen. Der Unterschied springt in die Augen. Der Verlust Monastirs hat keine unangenehmen Folgen vom militärischen Standpunkt, und weil wir die Tatsache lediglich von diesem Standpunkte aus ins Auge fassen konnten, hatten wir sie ohne Bedauern und selbst mit Erleichterung verzeichnen können.

Reichstagsersatzwahl.

Oschatz, 24. November. Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl im 11. sächsischen Wahlkreise Oschatz-Grimma wurde an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Dr. Giese (kons.) der Konservative Dr. Wilbrandt mit 7076 Stimmen gegen den Sozialdemokraten Lubinski, der 6623 Stimmen erhielt, gewählt. 68 Stimmen waren ungültig.

Zum Tode Kaiser Franz Josephs.

Die Beisetzungsfeier.

Wien, 23. November. Die Leichenfeier für Kaiser Franz Joseph wird sich zu einer großartigen Trauerkundgebung gestalten. Der Leichenzug wird am 30. November aus der Hofburg über den Burgplatz, durch die Ringstraße und Wollzeile zur Stephanskirche sich bewegen, wo Kardinal Piffl die Einsegnung vornehmen wird, worauf die Leiche in der Kapuzinergruft beigesetzt wird. Am Sarge des Kaisers betete gestern unter anderen Persönlichkeiten auch die Witwe des vor kurzem entschlafenen deutschen Botschafters.

Der Krönungstag.

Budapest, 23. November. Wie der „Pester Lloyd" aus Wien erfährt, dürfte die Krönung des Kaisers Karl aller Wahrscheinlichkeit in der zweiten Hälfte des Dezember noch vor Weihnachten stattfinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853246-191611246/fragment/page=0001

Der Bericht der Obersten Heeresleitung.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 23. Nov.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In den Abendstunden nahm das feindliche Artilleriefeuer beiderseits der Ancre und im Sailly-Abschnitt zu. Teilangriffe der Engländer nördlich von Gueudecourt, der Franzosen gegen den Nordwestrand des St. Pierre-Vaast-Waldes scheiterten.

Oestlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südlich von Smorgon nach starker Vorbereitung vorgehende russische Patrouillen wurden vertrieben.

Aufklärendes Wetter rief an verschiedenen Stellen zwischen Ostsee und Waldkarpathen regere Artillerietätigkeit hervor.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Am Oktrande von Siebenbürgen Gefechte von Aufklärungsabteilungen. Die Russen verstärkten sich dort.

In der Walachei hat sich die Lage nicht geändert. Bei Craiova fielen neben anderer Beute 300 Eisenbahnwagen in unsere Hand.

Balkan-Kriegsschauplatz:
Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

In der Dobrudscha und an der Donau an mehreren Punkten Artilleriefeuer.

Mazedonische Front.

Die Gefechte östlich des Ochrida-Sees endeten mit dem Rückzuge des Gegners.

An der deutsch-bulgarischen Front zwischen dem Presba-See und dem östlichen Cerna-Lauf wurden mehrfach Teilvorstöße, an der Hohenstellung östlich von Paralovo starke Angriffe des Feindes zurückgeschlagen.

Der erste Generalquartiermeister:
v. Ludendorff.

Westliche Fahrt.

Von unserem zur Westfront entsandten Kriegsberichterstatter erhalten wir folgenden Bericht:

Großes Hauptquartier, 20. November.

Durch den November-Morgen haltet der D-Zug dem Westen zu. Aber draußen die graue Luft ist so, als wenn es längst Spätnachmittag wäre. Es ist ganz die Stimmung aus dem Gedicht von Friedrich Nietzsche:

„Die Krähen schreien
Und schwören ihren Flugs zur Stadt.
Es wird bald schneien,
Weh dem, der seine Heimat hat!"

Es wird bald schneien. Und draußen, fern im Westen, geht heisser der furchtbare Kampf um unsere Heimat, um die deutsche Heimat. Grau und farblos fliegt alles vorüber, was uns in verschiedener Bedeutung Heimat und Deutschland ist: Die Rudelsburg und Saaleck, Tiefurt und Weimar, die drei Gleichen, Eisenach mit der Wartburg, Fulda. Und da ist auch schon der erste Schnee auf den Thüringer Bergen. Winter! Der dritte Kriegswinter ist da. Aber aus der Nacht der Erscheinungen schieben sich schwarz und braun Fetzen an die Bahn heran, auf denen, für Augenblicke in dünnes Sonnenlicht gehoben, russische Gefangene hinter dem schollenbehenden Pflug herschreiten. Neue Fabriken, große Fabriken, strecken überall Schornsteine und Rauch in den niedrigen Himmel. Neues Gleis reiht sich an altes Gleis. Ganz Deutschland ist fieberhaftete Arbeit. Die großen Bahnhöfe schwimmen in Felbgrau. Urlauber, die kommen; Urlauber, die gehen. Gesundes, lachendes Leben auf braunen Gesichtern. Urlauber — eine ganze Armee — wie wenn es da im Westen gar keine englische und französische Offensive gäbe, von deren vergeblicher Kraft man tänlich in den Zeitungen liest. Ein bäcker Herr im Pelz, der eben von seinen drei Söhnen schrieben hat, mit denen er glücklich durch den Winter zu kommen hofft, liest jetzt im 30. Tausend eines Buches, das „Der nächste Weltkrieg" betitelt ist. Als ob der neuentwürfne größte aller großen Kriege nicht alle unsere Energieen verlangte! —

Darüber ist es Abend geworden. Auf der nächsten Station schon die Abendzeitungen mit den neuesten Berichten. Der deutsche Amboß hat wiederum den schwersten englischen Hammer entrissen. Alle Anstrengungen der Feinde sind wieder gescheitert. Der Tag hat ihnen wiederum nur blutige Köpfe gebracht. — Nacht. Im ersten Dämmern des Morgens die ersten zerschossenen Häuser. Dasselbe traurige grauenvolle Bild, wie man es seit Monaten tief eingegraben in der Seele hat. Der Wald ist ganz anders geworden. Das Licht des neuen Tages ist viel heller. Etwas wie Vorfrühling liegt in der windbewegten Luft. Aus dem nackten Braun der Bäume, zwischen denen dichte Wirrnis von Unterholz ist, springen vereinzelt ältere Stämme, um die sich merkwürdig grün, fast durchsichtig, wie aus Chrysopras verfertigt, Efeu schlingt, krampfhaft festhält. Flug und Hügel, die vorbeiliegen, haben etwas Junges, Frohes, Zukunftiges. Nur sehr selten ist ein Einwohner zu sehen. Die Leute strahlen, hell und langgestreckt, sind einsam, sauber, nur stellenweise mit kleinen Tümpeln betupft. Ja, ja, hier mag es wohl zugelang gegangen haben. Ein Soldat streift einem kleinen Bahnhof zu. Ein Urlauber. Man sieht es seinen beschwingten Schritten an. Der Zug stampft langsame durch eine Station. Eine Trainkolonne, noch auf den Eisenbahnwagen und Loren. Dazwischen, kunstvoll auf dem Boden befestigt, eine uralte Droschke, ganz gerade in den Formen, verschlissen, so aus der Zeit von 1860. Man muß lächeln. Man verliert sich für Minuten in die Vergangenheit. Gleich aber wird man wieder durch schnell sich überholende neue Erscheinungen in die Gegenwart zurückgerissen. Wieder eine Station. Schon die Morgenzeitung. Man liest, schnell, schneller. Man weiß sich der Stunde, welche Kampf heißt, wieder innigst verbunden. Dann blickt man wieder aus dem Fenster. Ein kleiner Gutshof mit ganz richtigen Kühen, mit ganz richtigen, gackernden Hühnern. Ein altes Schloß mit zerbröckelnder Mauer. Zerschlissene Garbinen vor Fenstern, in denen einst traulische Stunden am verglimmenden Kamin gewesen sein mögen. Lokomotiven, ganz unwahrscheinlich gebaut, kubistisch, expressionistisch möchte man sagen, heulen vorüber wie Geschwinster, wie plötzlich aufgesogenes, lange vergessen gewesenes Spielzeug aus einer alten Kinderkiste. Breiter, schimmernder Streif der Fluß auseinander. Noch mehr Lokomotiven pfeifen, schnauben durcheinander. Wie ist der gestrige Tag, wo ist die letzte Nacht geblieben? Jede süße Müdigkeit ist dahin. Wieder eine Station. Die Station, an der man auszusteigen hat. Das Große Hauptquartier. Der Mittelpunkt des deutschen Krieges. Der Anfang der neuen Arbeit.

z. Alfred Richard Meyer, Kriegsberichterstatter.

Eisenbahnen in Polen.

Von einem hervorragenden Eisenbahnfachmann.

Es gibt in Polen drei Arten von Bahnverbindungen.

1. Die Hauptlinien, die die bedeutendsten Städte des Reiches und die Städte benachbarter Staaten miteinander verbinden. Sie gehen in Polen strahlenförmig vom Zentrum Warschau nach allen Richtungen. Drei Bahnlinien verbinden Warschau mit den wichtigsten Zentren Rußlands: die Warschau—Petersburger mit Petersburg, die Terespoler mit Moskau und die Weichselbahn — über Doblin und Lublin — mit Kiew und Odessa. Mit der preußischen Grenze verbindet Warschau die Weichselbahn, die von Warschau bis Mlawa geht, von wo ein gerader Weg nach Danzig führt, ferner die Warschau—Bromberger Bahn, die weiter über Thorn, Posen, Bromberg, bis nach Danzig und Berlin geht, und die Warschau—Kalischer Bahn. Nach der österreichischen Grenze führt die Warschau—Alexandrower Bahn und nimmt weiter die Richtung südlich Jablkowice, von wo eine Seitenlinie Warschau mit Krakau und Wien, eine andere mit Breslau verbindet. Zu den primären Eisenbahnen gehört auch die Doblin—Dobrower Bahn, die in Verbindung mit einem Teil der Weichselbahn, nämlich von Doblin bis Warschau, Polens Hauptstadt ebenfalls mit der preußischen und österreichischen Grenze verbindet.

2. Die primären Bahnlinien bilden die Hauptarterien des Verkehrs; die sekundären verbalten sich zu den primären wie Nebenflüsse zu den großen Flüssen, sie verbinden die weiter entlegenen Orte des Landes. Zu den sekundären gehören auch die strategischen Bahnen, auf deren Wahl und Richtung nicht wirtschaftliche Rücksichten, sondern Rücksichten ausschlaggebend waren, ausschließlich die Verfolgung strategischer Ziele. Nicht strategische minder wichtige Bahnverbindungen gibt es nur wenige. Die bedeutendste von ihnen beginnt bei Kolushki, einer Station der Warschau—Wiener Bahn, verbindet diese mit der Doblin—Dobrowa-Bahn bei Skarzysko und geht bis nach Ostrowiec. Von Kolushki geht auch die Lodzer Fabrikbahn nach Lodz. Für den letzten Jahren wurde die Berlin—Kielce-Bahn erbaut: von der preußischen Grenze über Czenstochau nach Kielce.) Ferner gibt es eine Verbindungslinie zwischen Alexandrowo und Ciechocinek und Bialystock—Grojewo, die nur teilweise polnisches Gebiet berührt und der preußischen Grenze sich anwendet. Die strategischen Bahnen haben hauptsächlich die Verbindung der Narem-Linien und der Umgebung der preußischen Grenze mit der südlichen Eisenbahnlinie Doblin—Dublin—Kowel zum Ziel; sie laufen meist annähernd parallel. Es sind dies folgende Linien: Ostrotekа—Bialystok—Nowominsk—Wilawa, Ostrekа—Wysokow—Malkinia—Siedlce—Lukow, von wo eine Seitenlinie nach Doblin, eine andere nach Dublin, Crasewo, Bialystock—Brest—Chelm geht. Diese Linie liegt vorwiegend außerhalb Polens Grenzen bis Goniadz, der südliche Arm von Wysokow bis Chelm, geht auf polnisches Gebiet über. Ausschließlich strategische Bedeutung besitzen auch die Linie Ostrotekа—Lapy und die Linien im Gouvernement Suwalki: von Suwalki bis Grodno, von Suwalki über Olita bis zur Station der Petersburger Eisenbahnlinie Orany und die projektierte — von Saulekowo bis Kaslowa Ruda.

Die Breite der sämtlichen Primär- und Sekundärbahngeleise ist die gleiche wie in Rußland: 5 Fuß. Eine Ausnahme bilden die Warschau—Wiener und die Pabzer-Fabrikbahn, deren Breite nur 4½ Fuß beträgt. Dieser Umstand birgt eine große Unbeweglichkeit in sich: alle aus Rußland ins Ausland und umgekehrt über Warschau gehenden Waren müssen von schmalgeleisigen auf breitgeleisigen Bahnen und umgekehrt verladen werden. Sämtliche in Warschau eintreffenden Züge verkehren untereinander die Ringbahn. Von den erwähnten Bahnen sind manche zweigeleisig, und zwar: die Warschau—Wiener Bahn, die Petersburger (von Wolkjpisl), die Terespoler, Malkinia—Siedlce und Brest—Chelm. Die übrigen sind eingeleisig.

3. Zur dritten Gruppe gehören die Ortsverkehrsbahnen: sie verbinden die örtlichen Verkehrszentren untereinander und bringen Reisende und Waren zur nächsten Eisenbahnstation. Diese meistens schmalspurigen Bahnen sind von großer Bedeutung, zumal sie sich in großer Zahl in den verschiedenen Industriedistrikten befinden, wo sonst die Beförderung der Waren auf große Transportschwierigkeiten stoßen würde. Die Zahl dieser Bahnen nimmt immer zu. In der Gegend von Warschau gibt es mehrere dieser Bahnen, die von Warschau nach Milanow und Piaseczno eine andere parallel zur vorigen über Mokotow nach Piaseczno und Goza Kalwaria; die erste heißt Milanowska, die zweite Grojecka. Ein ganzes Netz solcher Bahnen befindet sich im Dombrower-Distrikt, die zahlreiche Fabriken, Industrie-Anstalten und Bergwerke untereinander und mit den nächsten Stationen der Warschau—Wiener und Iwangorod—Dombrower Bahn verbinden.

Ein Gebiet, das gar keine Bahnverbindungen besitzt, ist das Gouvernement Plock. Nur im östlichen Teile durchschneidet es die Linie, die nach Warschau führt; das Hauptgebiet des Gouvernements jedoch ist von Warschau und dem übrigen Teil Polens durch die Weichsel, die hier keine ständige Brücke besitzt, abgeschnitten. Im Winter wird häufig der Verkehr vollständig unterbunden. Ein weiteres Gebiet, das großen Mangel an Bahnverbindungen aufweist, ist der südliche Teil des Gouvernements Lublin.

z.

Die belgischen Arbeitslosen.

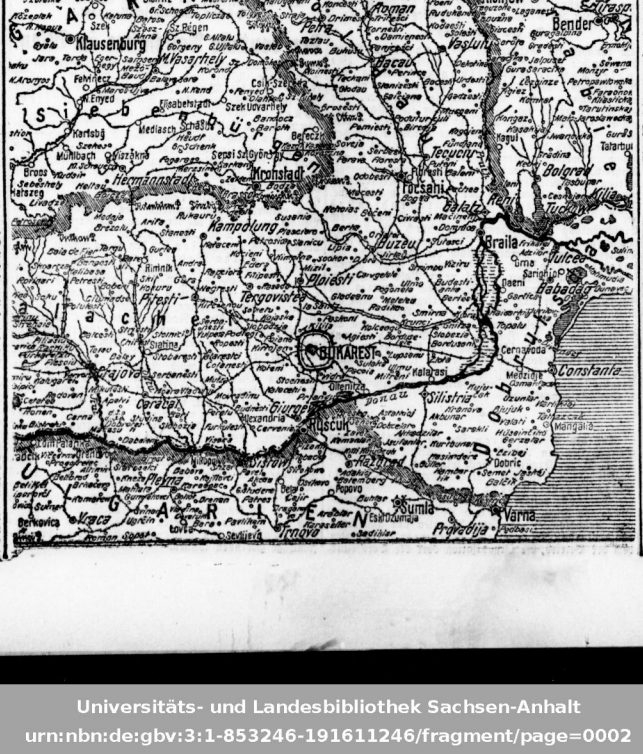
Im Wettstreit mit der Presse versuchen auch belgische Minister die Ueberführung beschäftigungslosser belgischer Arbeiter nach Deutschland als einen Akt barbarischer Rohheit darzustellen. So der Justizminister Carton de Wiart; auch der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Baron Beyens, der früher belgischer Gesandter in Berlin war, und dessen amtliche Berichte aus der Zeit vor dem Kriege die überzeugendsten Beweise für die Friedensliebe des deutschen Kaisers und seiner Regierung bilden, bissen in einer Unterredung mit einem neutralen Berichterstatter den Standpunkt der feindlichen Presse. Er verfucht die deutschen Maßnahmen als völkerrechtswidrig hinzustellen und verdächtigt die deutsche Verwaltung, es sei ihre Schuld, wenn die Bevölkerung Belgiens zur Untätigkeit verurteilt gewesen wäre. Es ist derselbe Baron Beyens, der in einem von meinen Mitarbeiter als Boyn erschienenen Rückblick auf die Zeit seiner diplomatischen Tätigkeit in Berlin, betitelt „Deutschland vor dem Kriege", Kenntnisse und Erfahrungen ausnacht, die in schroffstem Widerspruche zu seinen in Belgien aufgefundenen Berichten stehen.

Der Zweck all dieser Entstellungsversuche und des ganzen Pressefeldzuges gegen die Maßnahmen der deutschen Verwaltung in Belgien liegt klar auf der Hand. Man will die Volksstimmung aufreitschen und die Neutralen gegen uns heben. Aber alle Verdächtigungen können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Maßnahmen gegenüber den arbeitslosen Belgiern notwendig sind, und daß die über Belgien und seine Bevölkerung hereingebrochene wirtschaftliche Not eine Folgeerscheinung des Aushungerungskrieges der Alliierten ist.

Der Paragraph 43 der Haager Konvention legt uns sogar ausdrücklich die Verpflichtung auf, alle erforderlichen Maßregeln zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Lebens in den besetzten Gebieten zu treffen. Und in welchem Maße die englische Blockade die Schuld an dem wirtschaftlichen Ruin Belgiens trifft, ergibt sich klar aus den Ausführungen des Generalgouverneurs einem amerikanischen Pressevertreter gegenüber. Freiherr von Biffing sagte wörtlich:

„Dank Englands rücksichtslosser wirtschaftlicher Erdrosselung Belgiens sind heute über eine Million verarmter Belgier, Männer, Frauen und Kinder, von öffentlicher Wohltätigkeit abhängig. Durch Abserrung der Rohmaterialienzufuhr und durch das Verbot der Ausfuhr der Fertigwaren hat England nahezu 500 000 belgische Arbeiter zu einem chronischen Zustand demoralisierender Untätigkeit verurteilt. Mit ihren Familien fallen sie den Gemeinden zur Last."

Zweifellos hat der Generalgouverneur recht, wenn er weiter fortfährt, daß die Abschiebung der belgischen Arbeiter eine Wohltat für diese selbst und ein Segen für das Land ist. Diese Anklagen gegen England sind weder durch Ministerreden noch durch Proteste aus der Welt zu schaffen. England, das schließlich England trifft die Schuld an der Not Belgiens. Wir aber können im Bewußtsein, völkerrechtlich und menschlich richtig gehandelt zu haben, das Urteil der Neutralen und der Geschichte ruhig abwarten. Denn unter den gegenwärtigen Umständen ist die Zwangsabschiebung der beschäftigungslosen Belgier nach Deutschland das einzige Mittel, ganze Bevölkerungsschichten vor der Verelendung zu bewahren.



Kriegsallerlei.

Der Tunnel.

Eine englisch-französische Parodie.

Der ewig projektierte Kanaltunnel ist ein Sinnbild der höchst wechselvollen englisch-französischen Beziehungen: in der Erörterung des Planes drückt so ziemlich alles sich aus, was England von seinem neuen Bündnis-System erhofft und — fürchtet. Ist es nicht köstlich, daß man ein Memorandum aus dem Jahre 1883 ausgräbt, um zu beweisen, daß ein Tunnel zwischen England und Frankreich für England zu einer schweren Gefahr werden könne, und daß der Ausschuß für die Reichsverteidigung dieses Bedenken gegen den Tunnelbau — einen Monat vor Kriegsausbruch zugeschimmt hat? Dafür erlebt jetzt das unterirdische Projekt eine Auferstehung innerhalb eines viel weiter gespannten Planes. Der Tunnel soll nichts Geringeres werden, als ein unentbehrliches Teilstück der Bahnverbindung — London—Bagdad. Mit gut englischer Naivität wird ausgeführt, daß dieser Krieg „zum Zeil ein Kampf um die Bagdadbahn" sei. Deutschland habe den schwarzen Plan betrieben, den Bestand der Türkei zu erhalten, um sich ein Kolonialreich im Osten zu gründen. Welches? England begegnet sich mit der Aussicht, daß „die Sieger in diesem Kriege die Erben aller Ansprüche der anderen Gläubiger der Türkei werden. Nach „Daily Chronicle" ist die von den Deutschen gebaute Bagdadbahn zwar ein Meisterstück der Technik, aber eine ständige Drohung gegen Englands östlichen Besitz. Und da Großbritannien, Rußland und Frankreich „mehr vitale Interessen in Kleinasien haben als Deutschland", muß die Bagdadbahn „den Händen der Deutschen entrissen werden". Was zu beweisen war.

Andererseits aber würde der Tunnel „ein verkehrtes Gefühl von Sicherheit erzeugen und dadurch die Unterhaltung einer großen Flotte gefährden". Und, vor allem: „Es ist auch nicht die geringste Garantie dafür vorhanden, daß gegenwärtig befreundete Nationen befreundet bleiben" — so zu lesen im „Manchester Guardian".

England setzt sich in den Ostseeprovinzen fest.

Unser Stockholmer Gewährsmann berichtet von der finnischen Grenze: In Karungi kontrolliert neuerdings ein englischer Marineoffizier in Gemeinschaft mit der russischen Gendarmerie die Listen der Reisenden. Seit der Zeit kommen immer häufiger Fälle vor, wo Reichsdeutsche die Erlaubnis zur Heimreise erhalten, mit der ausdrücklichen Genehmigung, ihr Vermögen mitzunehmen. Das geschieht auf englische Veranlassung. Rußland soll eben von allem Deutschen, nicht nur von Menschen, sondern auch vom Kapital, gesäubert werden. Was aber der Engländer nicht einsetzbt, ist der Hintergedanke: Plan für englische Unternehmen zu schaffen. England will sich eine Basis in den baltischen Provinzen schaffen, um Deutschland auch nach Friedensschluß wirtschaftlich bekriegen zu können. Hat nämlich England das deutsche Kapital verdrängt, so wird es gewiß nicht den Russen bitten, die freien Dividenden einzuheimsen. Im Gegenteil: der Ankauf des Gutes Rauffier in Estland mit 75 Quadratkilometern Wald durch eine von England vorgeschobene und finanzierte dänische Gesellschaft für 4 000 000 Rubel beweist, daß eine bestehende Möglichkeit zur Wirklichkeit werden soll, und zwar in allerkürzester Zeit.

Für Deutschland kann sich diese neue Politik aber zu einer sehr ernsten Gefahr entwickeln. Sollte England — und darüber besteht kein Zweifel mehr — sich danach strecken, sich in Liv- und Estland eine Basis für den künftigen Wirtschaftskrieg mit Deutschland zu schaffen, so muß dem nach Möglichkeit vorgebeugt werden. Noch ernster aber wird die Lage, wenn England seinen Plan zur Ausführung bringt, die meinetwegen technische Kontrolle für die Ostsee über die politische Port und 8 falls die wirtschaftlichen [illegible] marine-strategischen auszubauen und als solche zu benutzen, um Deutschland dann vollständig einzuschnüren. Die „russische Gefahr" wäche sich dann zu einer russisch-englischen aus, und wir haben allen Grund, den englischen Herrschaftsgelüsten am Baltischen Meer zuvorzukommen.

z.

Rußlands Menschenkarrer im Kriege.

Menschenleben stehen in der russischen Kriegführung nicht hoch im Werte. Schaudernd erlebt es die Welt jetzt jeden Tag. Kann man da wohl erwarten, daß der Russe den Wert eines feindlichen Menschenlebens höher schätze als den eines echten, rechtgläubigen Moskowiters? In dieser Geringschätzung von Mensch und Menschenwert sind sich die russischen Heerführer aller Zeiten gleich geblieben. So berichtet schon vor mehr als zweihundert Jahren General Scheremetjew, der Heerführer Peters des Großen in Livland, an den Zaren: „Von den gefangenen Offizieren und Soldaten überlende ich ein Verzeichnis. Wieviele Esthen aber und wieviel Weiber gefangen worden, das habe ich nicht aufschreiben lassen; die Zahl war zu groß. Die Truppen haben sie unter sich verteilt (!). An Vieh und Pferden haben wir doppelt soviel aufgebracht wie im vergangenen Jahre; an Esthen männlichen Geschlechts etwas weniger, weil nicht alle mitgeschleppt werden konnten; auf jeden Mann ist immerhin ein Esthe gekommen; den Rest haben wir fortgejagt, und, was nicht fügsam war, niedergehauen." Interessant ist es, den Wert dieser Beute zu berechnen. Auch darüber gibt uns unser Gewährsmann Scheremetjew, dieser einzigartige Verbreiter abendländischer Kultur in Rußland, Auskunft, und zwar sowohl für den Geldwerte, als auch für den Tauschwert. Einer seiner Berichte aus dem Jahre 1702 besagt: „Vieh und Esthen haben wir in Mengen gefangen. Kühe sind jetzt um 3 Altynen (15 Kopeken) zu haben, Schafe um zwei Dengen, kleine Kinder um eine Denga, größere um eine Grivna, vier Stück kauft man für eine Altyne." Also: eine Kuh kostet 3 Altynen, 4 größere Kinder kosten 1 Altyne; folglich erhielt man eine Kuh für 12 größere Kinder.

K. B.

Kriegshumor.

Beim Generalgouverneur von Warschau, General v. Beseler, ist dieser Tage folgendes Schreiben eingelaufen:

Sehr geehrter Herr!

Für die Besetzung des polnischen Königthrones halte ich mich bestens empfohlen! Bin routinierter König, ein bisschen Fell und große Vorliebe für polnische Wirtschaft; schwöre auf jede Verfassung und drehe meine Fahne nach dem Winde. Gebe eine abgelegte Krone und meine Ansprüche auf Oesterreich-Ungarn mit in Zahlung.

Hochachtungsvoll

Nikita, Privatier.

(„Klabderadatsch".)

Aus dem Liebesbrief eines Gymnasiasten. „... Als Erkennungszeichen werde ich eine Zigarre rauchen; bitte Sie aber, liebes Fräulein, recht pünktlich zu erscheinen."

Boshaft. „Morgen verreise ich; der Doktor hat mir Luftveränderung angeraten!" „Das ist wohl ein Doktor juris gewesen?!"

(„Fliegende Blätter".)

Schreckensbotschaft. Vater: „Jetzt kannst d' nicht mehr mit ins Brauhaus gehen, Seppl, der Arzt hat gesagt, ich muß mir's Bier abgewöhnen!" — „Ich auch, Vater?"

(Meggend. Bl.)

Nach berühmten Mustern. Richter: „Gestehen Sie es doch ehrlich ein, Sie wollten die silbernen Löffel stehlen." „Nix stehlen, ich wollte sie bloß erlösen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853246-191611246/fragment/page=0002